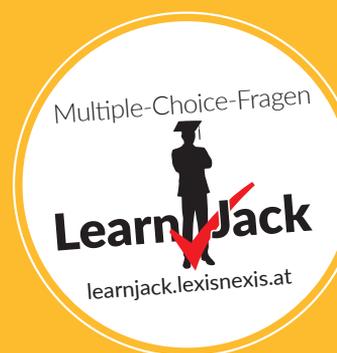


LEHRBUCH

Deixler-Hübner | Klicka

Zivilverfahren

Erkenntnisverfahren und Grundzüge des
Exekutions- und Insolvenzrechts



Deixler-Hübner | Klicka

Zivilverfahren

Erkenntnisverfahren und Grundzüge des Exekutions- und
Insolvenzrechts

11., neu bearbeitete Auflage

Zivilverfahren

Erkenntnisverfahren und Grundzüge des Exekutions- und Insolvenzrechts

11., neu bearbeitete Auflage

VON

Univ.-Prof. Dr. Astrid Deixler-Hübner

Univ.-Prof. Dr. Thomas Klicka

LexisNexis® Österreich vereint das Erbe der österreichischen Traditionsverlage Orac und ARD mit der internationalen Technologiekompetenz eines der weltweit größten Medienkonzerne, der RELX Group. Als führender juristischer Fachverlag versorgt LexisNexis® die Rechts-, Steuer- und Wirtschaftspraxis sowie Lehre und Weiterbildung mit Fachinformationen in gedruckter und digitaler Form.

Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Skripten und die Kodex-Gesetzestexte garantieren sowohl rasche Information als auch thematische Vertiefung. Von der juristischen Fachredaktion von LexisNexis wird ua die höchstgerichtliche Judikatur gesichtet, nach Wichtigkeit gefiltert und als Rechtsnews zusammengefasst. Webinare bieten Weiterbildung und direkten Kontakt zu Experten.



Mit der Datenbank Lexis 360® haben Sie nicht nur Zugriff auf Gesetze, Rechtsprechung sowie relevante Kommentare und Fachbücher: Enthalten sind auch Lexis Briefings®, eine eigene Kategorie der Rechtsliteratur, die Detailwissen in kürzest möglicher Form komprimiert. Die Suchtechnologie Lexis SmartSearch findet und gruppiert verwandte, weiterführende Inhalte und bringt Sie in Bestzeit zum Rechercheziel. Mit Tools und modernsten Analyse-Technologien wie Lexis SmartScan macht LexisNexis die Zukunft für Sie schon heute verfügbar.

Nähere Informationen unter www.lexisnexus.at

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7007-7599-7

LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Wien

www.lexisnexus.at

Wien 2020 • Best.-Nr. 34.003.011

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in diesem Werk trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlags, der Herausgeber und der Autoren ausgeschlossen ist.

Foto Deixler-Hübner: Fotostudio Engleder

Foto Klicka: Fotografie Ulrike Dammann, Nordstraße 43, D-48149 Münster

Druckerei: Prime Rate GmbH, Budapest

Vorwort zur 11. Auflage

Seit der letzten Auflage sind knapp drei Jahre vergangen. Neuerungen haben sich seit-her vor allem durch das Zivilrechts- und Zivilverfahrensrechts-Änderungsgesetz 2019 und das Gewaltschutzgesetz 2019 ergeben. In der Neuauflage finden sich wie immer diese letzten Novellierungen sowie insb zahlreiche aktuelle Fundstellen aus der OGH-Judikatur und Literatur. Die aktualisierten Bereiche werden auch in dieser Auflage in bewährter Weise durch graue Hinterlegungen hervorgehoben, sodass sie rasch auffindbar sind. Bestimmungen ohne nähere Bezeichnung sind stets solche der ZPO.

Auch in dieser Auflage haben wir uns um Optimierungen der Struktur und inhaltliche Ergänzungen bemüht, um komplexere Themen besser aufzuarbeiten. Erstmals wurden nun auch interaktive Elemente zur Überprüfung des erlernten Wissens in Form von „LearnJacks“ eingearbeitet, die es den Studierenden ermöglichen sollen, den Lernerfolg direkt zu überprüfen.

Das Ziel, den Studierenden eine kompakte, aber vollständige Darstellung des Erkenntnisverfahrens sowie der Grundzüge des Exekutions- und Insolvenzrechts an die Hand zu geben, soll damit noch einfacher erreicht werden. Für das Außerstreitverfahren kann auf zwei von den Autoren jeweils verfasste eigene Publikationen verwiesen werden: *Deixler-Hübner, Außerstreitverfahrensrecht*² (2018) sowie *Klicka/Oberhammer/Domej, Außerstreitverfahren*⁵ (2014); demnächst soll hier die 6. Auflage erscheinen.

Unser Dank gilt vor allem Herrn Univ.-Ass. Mag. *Martin Hörschläger* und Frau Univ.-Ass.ⁱⁿ Mag.^a *Cornelia Pascher*, B.A. sowie Herrn Dr. *Alexander Meisinger*, die uns nicht nur bei den Korrekturarbeiten durch eine kritische Durchsicht tatkräftig unterstützen, sondern auch teilweise Aktualisierungen eigenständig vorgenommen haben.

Besonderer Dank gilt weiters Herrn Dr. *Harald Mini* (Richter BG Linz) sowie Frau Rechtsanwältin Dr.ⁱⁿ *Birgit Leb* und Frau Rechtsanwaltsanwärtlerin Mag.^a *Stefanie Thuiner*, die uns entsprechende Formulare für den Musterakt zur Verfügung gestellt und Anpassungen an die Rechtspraxis vorgenommen haben.

Außerdem bedanken wir uns herzlich bei Frau Dr.ⁱⁿ *Barbara Weichsel-Goby* vom Verlag LexisNexis für die ausgezeichnete Betreuung. Darüber hinaus danken wir unserer Leserschaft für das freundliche Feedback sowie für Vorschläge und Anregungen, die wir so weit als möglich berücksichtigt haben. Für weitere Anregungen sind wir stets dankbar!

Linz/Münster, im September 2020

Astrid Deixler-Hübner
Thomas Klicka

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Allgemeine Literatur zum Zivilverfahren	XXXIII
Rechtsquellen	XXXVII

Erster Teil Erkenntnisverfahren

Erstes Kapitel

Der Zivilprozess und seine verfassungsrechtlichen Grundlagen	3
I. Wesen des Zivilverfahrens und historische Entwicklung	3
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Zivilverfahrens	5
A. Organisation der Gerichte	6
1. Die Gerichte	6
2. Trennung Justiz – Verwaltung	7
3. Unabhängigkeit der Justiz	8
B. Verfahrensgarantien	9
1. Öffentlichkeit	9
2. Fair trial und rechtliches Gehör	9
3. Waffengleichheit	10
III. Gericht und Gerichtspersonen	11
A. Aufbau der Gerichtsbarkeit	11
B. Gerichtspersonen	11
1. Berufsrichter	11
2. Laienrichter	11
3. Rechtspfleger	12
C. Gerichtsbesetzung	12
1. Einzelrichterverfahren	12
2. Senatsverfahren	13
D. Ablehnung von Gerichtspersonen	13
1. Ausgeschlossenheit	14
2. Befangenheit	15
IV. Prozessgrundsätze	16

Zweites Kapitel

Die Parteien	20
I. Parteibegriff	20
II. Sachlegitimation und Prozessführungsbefugnis	23
A. Abgrenzung	23
B. Prozessführungsbefugnis	23
III. Parteifähigkeit	26
IV. Prozessfähigkeit	27

Inhaltsverzeichnis

V.	Postulationsfähigkeit	28
A.	Allgemeines	28
B.	Anwaltpflicht	29
1.	Absolute Anwaltpflicht	29
2.	Relative Anwaltpflicht	29
3.	Vertretungsfreiheit	30
C.	Folgen der Postulationsunfähigkeit	30
VI.	Bevollmächtigung	30
A.	Vollmacht	31
B.	Erlöschen	31
C.	Nachweis und Prüfung	32
VII.	Streitgenossenschaft	32
A.	Wesen	32
B.	Arten	33
1.	Die einfache Streitgenossenschaft	33
2.	Die einheitliche Streitpartei	34
VIII.	Parteiwechsel	37
IX.	Nebenintervention	38
A.	Allgemeines	38
B.	Einfache Nebenintervention	39
C.	Streitgenössische Nebenintervention	40
D.	Beitrittsverfahren	41
X.	Hauptintervention und Auktorsbenennung	41

Drittes Kapitel

Mahnverfahren	43	
I.	Allgemeines	43
II.	Ablauf des Mahnverfahrens	44
III.	Zahlungsbefehl	54
IV.	Einspruch	55
V.	Besonderheiten im bezirksgerichtlichen Mahnverfahren	61
VI.	Europäisches Mahnverfahren	61
VII.	Europäisches Bagatellverfahren	63

Viertes Kapitel

Verfahren erster Instanz	65	
I.	Überblick über den Verfahrensablauf	65
II.	Bezirksgerichtliches Verfahren	70
III.	Prozessvoraussetzungen	71
IV.	Zulässigkeit des Rechtswegs	72
V.	Inländische Gerichtsbarkeit	73
VI.	Abgrenzung Streitiges/außerstreitiges Verfahren	74
VII.	Zuständigkeit	75
A.	Allgemeines	75
1.	Formelles Prüfungsrecht	75
2.	Materielles Prüfungsrecht	76

	B. Sachliche Zuständigkeit	77
	1. Eigenzuständigkeit	77
	2. Wertzuständigkeit	78
	3. Streitwert	78
	C. Örtliche Zuständigkeit	80
	1. Allgemeiner Gerichtsstand	80
	2. Besondere Gerichtsstände	80
	D. Funktionelle Zuständigkeit	82
	E. Prorogation	83
	F. Heilung der Unzuständigkeit	84
	G. Ordination und Delegation	85
VIII.	Klage	86
	A. Allgemeines	86
	B. Klagearten	86
	1. Leistungsklage	87
	2. Feststellungsklage	88
	3. Rechtsgestaltungsklage	89
	C. Inhalt	90
	1. Notwendiger Inhalt	90
	2. Ratsamer Inhalt	93
	3. Möglicher Inhalt	93
	4. Verbesserungsverfahren	93
	D. Klagenhäufung	94
	E. Protokollaranbringen	99
	F. Amtstage – Prätorischer Vergleich	99
IX.	Streitgegenstand	99
	A. Bedeutung	100
	B. Prozessuale Abgrenzung	101
	C. Materiell-rechtliche Abgrenzung	103
	1. Anspruchsgrundlagenkonkurrenz	103
	2. Reale Anspruchskonkurrenz	103
	3. Idealkonkurrenz	104
X.	Prüfung der Klage	104
XI.	Streitanhängigkeit	104
XII.	Zustellung der Klage	105
	A. Allgemeines	106
	B. Arten der Zustellung	107
	1. Regelfall: Ersatzzustellung	107
	2. Ausnahme: Eigenhandzustellung	107
	3. Zustellung an Personen unbekanntem Aufenthalts	108
	4. Zustellung im Ausland	108
	C. Fehlerhafte Zustellung	110
	D. Heilung von Zustellmängeln	110

XIII.	Klagebeantwortung	111
	A. Allgemeines	111
	B. Inhalt	111
	1. Notwendiger Inhalt	111
	2. Ratsamer Inhalt	112
	3. Möglicher Inhalt	112
	C. Aufgaben der Klagebeantwortung	112
XIV.	Verteidigungsmöglichkeiten des Beklagten	116
XV.	Aufrechnung	116
	A. Allgemeines	117
	B. Zulässigkeit	117
	C. Entscheidung über die Aufrechnungseinrede	118
XVI.	Widerklage	118
	A. Allgemeines	118
	B. Voraussetzungen	119
	1. Formelle Voraussetzungen	119
	2. Materielle Voraussetzungen	119
XVII.	Fristen	120
	A. Arten	120
	1. Prozessuale Fristen	120
	2. Materiell-rechtliche Fristen	121
	3. Gesetzliche – richterliche – instruktionelle Fristen	121
	4. Erstreckbare Fristen – Notfristen	121
	5. Restituierbare – nicht restituierbare Fristen	121
	B. Fristenlauf	122
	C. Fristenhemmung	122
XVIII.	Versäumung von Prozesshandlungen	123
	A. Allgemeines	123
	B. Beseitigung der Säumnisfolgen bei Versäumungsurteilen	124
	1. Allgemeines	124
	2. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	124
	3. Widerspruch	126
	4. Berufung	127
XIX.	Mündliche Streitverhandlung	127
	A. Allgemeines	127
	B. Prozessleitung	128
	C. Verhandlungsprotokoll	130
	1. Allgemeines	130
	2. Widerspruch gegen das Verhandlungsprotokoll	130
	3. Beweiskraft des Verhandlungsprotokolls	131
	4. Akteneinsicht	131
	D. Tagsatzungen	132
	E. Vorbereitende Tagsatzung	133
	1. Allgemeines	133
	2. Prozessprogramm	134

XX.	Verfahrensstillstand	135
	A. Unterbrechung	135
	1. Unterbrechungsgründe	135
	2. Wirkungen	136
	3. Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens	137
	B. Ruhen	137
	1. Arten	137
	2. Wirkungen	139
	3. Aufnahme des ruhenden Verfahrens	139
XXI.	Beweisverfahren	140
	A. Allgemeines	140
	B. Beweisaufnahme	141
	C. Bindung an Straferkenntnisse	142
	D. Opferschutzbestimmungen	142
	1. Prozessbegleitung	143
	2. Abgesonderte Vernehmung	143
XXII.	Beweismittel	150
	A. Allgemeines	150
	1. Beweismittel der ZPO	150
	2. Rechtswidrig erlangte Beweismittel	150
	B. Urkundenbeweis	151
	1. Begriff	151
	2. Arten von Urkunden	151
	3. Echtheit	152
	4. Richtigkeit	152
	5. Vorlage von Urkunden	152
	6. Fremdsprachige Urkunden	153
	C. Zeugenbeweis	153
	1. Begriff	154
	2. Zeugnisunfähigkeit	154
	3. Zeugenpflichten	154
	4. Beweisaufnahme	156
	5. Zeugengebühren und Kostenvorschuss	156
	D. Sachverständigenbeweis	157
	1. Begriff	157
	2. Sachverständigenpflichten	158
	3. Beweisaufnahme	158
	4. Sachverständigengebühren und Kostenvorschuss	159
	E. Augenscheinsbeweis	160
	1. Begriff	160
	2. Beweisaufnahme	160
	3. Vorlagepflicht	160
	F. Parteienvernehmung	160
	1. Begriff	161
	2. Beweisaufnahme	161

Inhaltsverzeichnis

XXIII.	Beweiserörterung	161	
XXIV.	Beweiswürdigung	162	
	A. Allgemeines	162	
	B. Freie Beweiswürdigung	162	
	C. Freie richterliche Betragsschätzung (§ 273)	163	
XXV.	Indizienbeweis – Anscheinsbeweis	169	
	A. Indizienbeweis	169	
	B. Anscheinsbeweis (prima-facie-Beweis)	169	
	C. Unterschiede	171	
XXVI.	Beweislast	171	
	A. Allgemeines	171	
	B. Beweislastregeln	172	
	1. Gesetzliche Beweislastregeln	172	
	2. Allgemeine Beweislastregel	173	
XXVII.	Beweissicherung	173	
	A. Allgemeines	174	
	B. Verfahren	174	
XXVIII.	Prozesskosten	175	
	A. Begriff	176	
	B. Arten	176	
	1. Prozessuale Kosten	176	
	2. Vorprozessuale Kosten	177	
	C. Kostenersatz	178	
	1. Erfolgshaftungsprinzip	178	
	2. Ausnahmen vom Erfolgshaftungsprinzip	180	
	D. Geltendmachung der Prozesskosten	182	
	E. Kostenentscheidung	183	
XXIX.	Prozesskostensicherheitsleistung	186	
	A. Allgemeines	186	
	B. Kostenvorschuss	186	
	C. Aktorische Kautio	186	
XXX.	Verfahrenshilfe	187	
	A. Voraussetzungen	187	
	B. Verfahren	188	
	C. Umfang	189	
	D. Nachzahlungsverpflichtung	190	
	E. Entziehung	191	
XXXI.	Schluss der mündlichen Streitverhandlung erster Instanz	201	
Fünftes Kapitel			
Besondere Ausgestaltungen der Dispositionsmaxime			202
I.	Prozessvergleich	202	
	A. Begriff	202	
	B. Voraussetzungen	202	

	C. Rechtsnatur	203
	1. Theorie von der Doppelnatur	203
	2. Theorie vom Doppeltatbestand	204
	D. Wirkungen	204
II.	Klageänderung	204
	A. Allgemeines	205
	B. Abgrenzungen	205
	C. Verfahren	206
	D. Zulässigkeit	206
III.	Klagezurücknahme	207
	A. Allgemeines	207
	B. Zulässigkeit	207
	C. Abgrenzung zur Klageeinschränkung	208
IV.	Unterwerfungsakte	208
	A. Begriff	208
	B. Rechtsnatur	209
	C. Voraussetzung	209
V.	Zwischenfeststellungsanträge	210
	A. Allgemeines	210
	B. Voraussetzungen	210
	C. Entscheidung	210

Sechstes Kapitel

	Entscheidungen	212
I.	Allgemeines	212
II.	Urteilsarten	213
	A. Endurteil	213
	B. Teilurteil	213
	C. Zwischenurteil	214
	D. Ergänzungsurteil	214
III.	Urteilsfällung	215
IV.	Versäumungsurteil	216
	A. Voraussetzungen	216
	B. Fälle des Versäumungsurteils	216
	1. Allgemeines	216
	2. Zeitpunkt	217
	3. Widerspruch gegen das Versäumungsurteil	218
V.	Urteilsinhalt	220
VI.	Urteilswirkungen	221
	A. Rechtskraft	221
	1. Allgemeines	221
	2. Formelle Rechtskraft	221
	3. Materielle Rechtskraft	222
	B. Vollstreckbarkeitswirkung	228
	C. Rechtsgestaltungswirkung	228
	D. Tatbestandswirkung	229

VII.	Urteilsaufbau	229
	A. Urteilskopf	229
	B. Urteilsspruch	230
	C. Entscheidungsgründe	230
Siebentes Kapitel		
	Rechtsmittelverfahren	234
I.	Allgemeines	234
	A. Begriff	234
	B. Statthaftigkeit	235
	C. Voraussetzungen	235
	1. Zulässigkeit und Begründetheit	235
	2. Beschwer	235
	3. Neuerungsverbot	236
	4. Verschlechterungsverbot (Verbot der reformatio in peius)	238
II.	Berufung	238
	A. Allgemeines	238
	B. Berufungsgründe	239
	1. Nichtigkeitsgründe	239
	2. Wesentliche Verfahrensmängel	240
	3. Unrichtige Tatsachenfeststellung	241
	4. Unrichtige rechtliche Beurteilung	242
	C. Bagatellberufung nach § 501	243
	D. Inhalt	243
	E. Verfahren	244
	1. Verfahren vor dem Erstgericht	244
	2. Berufungsbeantwortung	244
	3. Verfahren vor dem Berufungsgericht	246
III.	Revision	253
	A. Allgemeines	253
	B. Zulässigkeit	253
	1. Vorliegen einer erheblichen Rechtsfrage	253
	2. Streitwertgrenze	255
	3. Zusammenfassung	256
	C. Revisionsgründe	256
	1. Nichtigkeit des Berufungsurteils	256
	2. Mangelhaftigkeit des Berufungsverfahrens	256
	3. Aktenwidrigkeit	257
	4. Unrichtige rechtliche Beurteilung des Berufungsurteils	257
	D. Verfahren	257
IV.	Rekurs	258
	A. Zulässigkeit	258
	1. Individuelle Vorschriften	258
	2. Allgemeine Rekursbeschränkung nach § 517	259
	3. Beschlüsse des Berufungsgerichts	259
	4. Revisionsrekurs (§ 528)	260

B. Eigenschaften	261
1. Aufsteigende Wirkung	261
2. Aufschiebende Wirkung	261
C. Rekursgründe	261
D. Verfahren	261
Achtes Kapitel	
Rechtsmittelklagen	263
I. Begriffe	263
II. Verfahren	263
A. Zuständigkeit	263
B. Klagefristen	264
C. Aufbau der Klage	264
D. Verfahrensablauf	264
1. Aufhebungsverfahren (iudicium rescidens)	264
2. Erneuerungsverfahren (iudicium rescissorium)	265
III. Nichtigkeitsklage	265
A. Klagegründe (§ 529)	265
B. Klagefristen	266
IV. Wiederaufnahmsklage	266
A. Klagegründe (§§ 530, 531)	266
1. Strafrechtliche Gründe	267
2. Zivilrechtliche Gründe	267
B. Klagefristen	268
C. Verfahren	269
Neuntes Kapitel	
Sonderverfahren	270
I. Besitzstörungsverfahren	270
A. Allgemeines	270
B. Zuständigkeit	270
C. Klagefrist	271
D. Besondere Verfahrensvorschriften	271
1. Äußere Kennzeichnung der Klage	271
2. Dringlichkeit des Verfahrens	271
3. Entscheidung	272
4. Rechtsmittel	272
II. Eheverfahren	273
A. Begriff	273
B. Zuständigkeit	274
C. Klagebefugnis des Staatsanwalts	274
D. Verfahrensrechtliche Besonderheiten im Scheidungs- und Aufhebungsverfahren	275
1. Befristungen	275
2. Prozessfähigkeit	275

	3. Beschränkungen des Dispositionsrechts der Parteien – Säumnis	275
	4. Anwaltpflicht	276
	5. Parteiöffentlichkeit	276
	6. Versöhnungsversuch	276
	7. Verteidigungsmittel des Beklagten	276
	8. Tod eines Ehegatten	277
	9. Aufnahme persönlicher Daten	277
	10. Untersuchungsgrundsatz	277
	11. Zurückweisung von neuem Vorbringen	277
	12. Unterbrechung des Scheidungsverfahrens	277
	13. Sozialversicherungsrechtliche Folgen der Eheauflösung	278
	14. Verfahrenskosten	278
	15. Rechtsmittel	278
III.	Arbeits- und sozialgerichtliches Verfahren	279
	A. Allgemeines	279
	B. Gerichtsbesetzung	280
	C. Verfahrensbesonderheiten	281
	1. Allgemeine	281
	2. Arbeitsgerichtliches Verfahren	281
	3. Sozialgerichtliches Verfahren	282
IV.	Wechselmandatsverfahren	283
	A. Allgemeines	283
	B. Abgrenzung	283
V.	Bestandverfahren	284
	A. Allgemeines	284
	B. Aufkündigung	285
	1. Gerichtlich	285
	2. Außergerichtlich	285
VI.	Schiedsverfahren	286
	A. Abgrenzung	287
	B. Schiedsvereinbarung	288
	C. Schiedsverfahren	290
	1. Allgemeines	290
	2. Schiedsrichterbestellung	291
	3. Mehrparteienverfahren	293
	D. Schiedsspruch	293
	1. Aufhebung	294
	2. Anerkennung und Vollstreckung	296

Zehntes Kapitel

Internationales Zivilverfahrensrecht	297
I. Allgemeines	297
II. Inländische Gerichtsbarkeit	298
A. Allgemeines	298
B. Abgrenzung der inländischen Gerichtsbarkeit durch die JN	299
1. Sonderbestimmungen	299
2. Allgemeine Regelung	299
C. Vom LGVÜ zur Brüssel Ia-VO	300
1. Allgemeines	300
2. Sachlicher Anwendungsbereich	301
3. Persönlicher Anwendungsbereich und allgemeiner Gerichtsstand	301
4. Wahlzuständigkeiten	302
5. Verbraucher-, Versicherungs- und Arbeitsrechtssachen	302
6. Ausschließliche Zuständigkeit	302
7. Internationale Prorogation	302
8. Wahrnehmung der Unzuständigkeit und Heilung	303
9. Internationale Streitanhängigkeit	303
10. Einstweiliger Rechtsschutz	304
11. Andere Rechtsquellen	304
D. Brüssel Iia-VO	304
1. Allgemeines	304
2. Anwendungsbereich	305
3. Brüssel Iib-VO	305
E. EuErbVO	306
F. EuUVO	307
G. EuSchMaVO	308
H. Anzuwendendes Verfahrensrecht in Prozessen mit Auslands- bezug	308
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	309
A. Brüssel Ia-VO	309
B. EuVTVO	310
C. Brüssel Iia-VO	310
D. Andere ausländische Entscheidungen	312
IV. Internationale Rechtshilfe und Zustellung	312
V. Internationale Streitanhängigkeit	313
VI. Bagatellverfahren und Europäisches Mahnverfahren	313

Zweiter Teil
Exekutionsverfahren

Erstes Kapitel

Allgemeiner Teil	317
I. Begriffe	317
II. Ablauf	318
A. Exekutionstypen	318
B. Bewilligungsverfahren	321
1. Allgemeines	321
2. Zuständigkeit	334
3. Exekutionstitel – Vollstreckungsklausel	334
4. Internationales Exekutionsrecht	335
5. Materielle Bewilligungserfordernisse	338
6. Exekutionsbewilligung	339
C. Vereinfachtes Bewilligungsverfahren	344
D. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	345
1. Rekurs	345
2. Vollstreckungsbeschwerde	345
E. Innehaltung der Exekution	346
F. Aufschiebung der Exekution	346
1. Aufschiebungsgründe	346
2. Aufschiebungsinteresse – Sicherheitsleistung	347
3. Aufhebung der Exekution	347
G. Exekutionsklagen	347
1. Oppositionsklage	348
2. Impugnationsklage	349
3. Exszindierungsklage	350
4. Pfandvorrangsklage	351
H. Einstellung der Exekution	351

Zweites Kapitel

Fahnisexekution	353
I. Pfandweise Beschreibung	353
II. Pfändungspfandrecht – Verstrickung	357
III. Sicherungsverwahrung	357
IV. Vollstreckungsschutz	357
V. Verwertung	359
A. Bargeld	359
B. Freihandverkauf	359
C. Versteigerung	359
1. Ablauf	359
2. Absehen von der Versteigerung	361
D. Neuerlicher Verwertungsversuch	364
E. Verteilung	364
VI. Erfolgreiche Fahnisexekution	364

Drittes Kapitel

Forderungsexekution	371
I. Allgemeines	371
II. Pfändung	371
III. Verwertung	372
IV. Vollstreckungsschutz	373
A. Allgemeines	373
B. Berechnung des unpfändbaren Einkommensteils	374

Viertes Kapitel

Anspruchsexekution	378
I. Exekutionsobjekte	378
II. Pfändung	378
III. Verwertung	378

Fünftes Kapitel

Exekution auf sonstige Vermögensrechte	380
I. Allgemeines	380
II. Pfändung	381
III. Verwertung	381

Sechstes Kapitel

Immobilienexekution	383
I. Allgemeines	383
II. Zwangsweise Pfandrechtsbegründung	383
III. Zwangsverwaltung	384
A. Allgemeines	384
B. Anmerkung der Zwangsverwaltung	385
C. Zwangsverwalter	385
D. Verteilung	386
E. Aufschiebung und Einstellung	386
IV. Zwangsversteigerung	387
A. Allgemeines	387
B. Verfahren	388
1. Allgemeines	388
2. Bewilligung – Anmerkung der Zwangsversteigerung	388
3. Schätzung	388
4. Versteigerungsbedingungen	389
5. Versteigerungsdikt	390
6. Versteigerungstermine	390
C. Meistbotsverteilung	391
1. Allgemeines	391
2. Meistbotsverteilungsbeschluss	391
3. Verteilungsgrundsätze	392

Siebentes Kapitel

Naturalvollstreckung	393
I. Grundlagen der Naturalvollstreckung	393
A. Allgemeines	393
B. Systematik	393
C. Direkte und indirekte Exekution	394
D. Abgabe einer Willenserklärung	395
II. Herausgabevollstreckung beweglicher Sachen	395
III. Räumungsexekution	396
A. Begriff der Räumung	396
B. Räumungsvollzug	397
C. Räumungsaufschub	398
IV. Die Einräumung bürgerlicher Rechte	399
V. Naturalteilung	399
VI. Zivilteilung	401
VII. Vollstreckung vertretbarer Handlungen	401
A. Wesen der vertretbaren Handlung	401
B. Vollzug	402
VIII. Vollstreckung unvertretbarer Handlungen	403
A. Abgrenzung der unvertretbaren Handlung	403
1. Begriff	403
2. Außerstreitige Verpflichtungen	403
3. Mitwirkung eines Dritten	403
B. Vollstreckung	405
1. Androhung und Verhängung von Beugemitteln	405
2. Charakter der Beugestrafe und Erfordernis des Verschuldens	406
3. Auswahl und Bemessung der Beugestrafen	406
4. Haftverhängung	407
IX. Vollstreckung von Unterlassungen	407
A. Allgemeines	407
B. Fortdauernde Verstöße	408
C. Verschulden	408
D. Strafen bei juristischen Personen	409
E. Verfahren und Rechtsbehelfe	409

Achtes Kapitel

Exekution zur Sicherstellung	411
I. Allgemeines	411
II. Voraussetzungen der Sicherstellungsexekution	411
III. Entfall der Gefährdung	412
IV. Sicherungsmittel	413
V. Verfahren	413
VI. Ersatzpflichten des Betreibenden	413

Neuntes Kapitel

Einstweilige Verfügungen	414
I. Begriffe	414
II. Sicherung von Geldforderungen	415
A. Voraussetzungen	415
B. Sicherungsmittel	416
III. Sicherung von Individualleistungsansprüchen	416
A. Voraussetzungen	416
B. Sicherungsmittel	417
IV. Sicherung von Rechten und Rechtsverhältnissen	417
A. Allgemeines	417
B. Sicherungsmittel	418
C. Sonderregelungen für Familien- und Mietrechtssachen und den Schutz der Privatsphäre	419
1. Einstweiliger Unterhalt eines (geschiedenen) Ehegatten	419
2. Einstweiliger Unterhalt für ein Kind gegenüber seinen Eltern	420
3. Wohnungsschutz und allgemeiner Gewaltschutz	422
4. Einstweilige Benützung oder Sicherung des ehelichen Gebrauchsvermögens und der ehelichen Ersparnisse	425
5. Wohnungserhaltungsanspruch	427
6. Einstweilige Verfügungen in Mietrechtssachen	427
7. Einstweilige Verfügungen zum Schutz der Privatsphäre (Anti-Stalking)	428
V. Verfügungsverfahren und Verfügungsvollzug	430
A. Zuständigkeit	430
B. Verfügungsantrag	431
C. Verfahrensablauf	431
D. Verfügungsvollzug	432
E. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	432
1. Widerspruch	432
2. Rekurs	432
F. Ende der einstweiligen Verfügung	433
VI. Kosten- und Schadenersatzpflicht	433

**Dritter Teil
Insolvenzverfahren**

Erstes Kapitel

Grundbegriffe	439
I. Allgemeines	439
II. Sanierungsverfahren	440
III. Überblick über den Verfahrensablauf	442
IV. Grundsätze des Insolvenzverfahrens	444
V. Besondere Verfahrensvorschriften	444
A. Analoge Anwendung anderer Prozessgesetze	444
B. Besonderheiten	444

Zweites Kapitel

Organe des Insolvenzverfahrens	446
I. Insolvenzgericht	446
A. Zuständigkeit	446
1. Sachliche Zuständigkeit	446
2. Örtliche Zuständigkeit	447
B. Aufgaben des Insolvenzgerichts	447
II. Insolvenzverwalter	447
A. Allgemeines	447
B. Aufgaben	448
C. Überwachung und Enthebung	449
D. Haftung	449
E. Entlohnung	449
F. Rechtsstellung	450
III. Gläubigerversammlung	450
A. Bestellung	450
B. Beschlussfähigkeit	451
C. Aufgaben	451
IV. Gläubigerausschuss	451
A. Bestellung	451
B. Aufgaben	452
C. Haftung – Überwachung – Vergütung – Enthebung	452

Drittes Kapitel

Insolvenzeröffnung	454
I. Allgemeines	454
II. Antragstellung	454
III. Insolvenzvoraussetzungen	455
A. Insolvenzforderung	455
B. Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	456
C. Kostendeckendes Vermögen	456
D. Entscheidung über den Insolvenzantrag	457
IV. Insolvenzedikt	458
A. Inhalt und Kundmachung	458
B. Eintritt der Rechtswirkungen	459
C. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	459

Viertes Kapitel

Wirkungen der Insolvenzeröffnung	461
I. Auswirkungen auf die Rechtsstellung des Schuldners	461
II. Auswirkungen auf anhängige Prozesse	461
A. Anhängige Rechtsstreitigkeiten, die die Masse nicht betreffen	461
B. Anhängige Rechtsstreitigkeiten, die die Masse betreffen	462
C. Neue Prozesse	462
D. Exekutionen	462
1. Exekutionssperre	462
2. Rückschlagsperre	463

3.	Andere Exekutionen	463
4.	Grundbuchssperre	463
III.	Fortführung oder Schließung des Unternehmens	463
A.	Allgemeines	463
B.	Berichtstagsatzung	464
C.	Verwertung des Unternehmens	464
IV.	Unterhalt des Schuldners	464

Fünftes Kapitel

	Abwicklung schwebender Rechtsgeschäfte	466
I.	Allgemeine Verträge	466
A.	Beiderseitig noch nicht voll erfüllte Verträge	466
B.	Teilbare Leistungen	467
C.	Eigentumsvorbehalt	467
D.	Ausübung des Wahlrechts	468
E.	Ausschluss des Wahlrechts	468
F.	Einseitig voll erfüllte Verträge	468
II.	Dauerschuldverhältnisse	469
A.	Bestandverträge	469
1.	Insolvenz des Bestandnehmers	469
2.	Insolvenz des Bestandgebers	469
B.	Arbeitsverträge	470
1.	Insolvenz des Arbeitnehmers	470
2.	Insolvenz des Arbeitgebers	470
C.	Aufträge und Anbote	471
D.	Beschränkung von Vertragsauflösungen	471
E.	Unwirksame Vereinbarungen	472

Sechstes Kapitel

	Feststellung der Insolvenzmasse	473
I.	Allgemeines	473
II.	Ermittlung der Aktiva	473
III.	Ermittlung der Passiva (Forderungsanmeldung)	473
IV.	Anmeldungsverzeichnis	474
V.	Prüfungstagsatzung	474
VI.	Prüfungsprozess	475

Siebentes Kapitel

	Insolvenzforderungen	477
I.	Begriffe	477
II.	Umwandlung von Forderungen	477
III.	Ausgeschlossene Forderungen	477

Achtes Kapitel

Privilegierte Ansprüche	479
I. Aussonderungsrechte	479
A. Aussonderungsberechtigte	479
B. Geltendmachung	480
C. Ersatzaussonderung	480
D. Zwangsstundung	480
II. Absonderungsrechte	481
A. Absonderungsberechtigte	481
B. Einkünfte aus einem Arbeitsverhältnis, Zwangsstundung	481
C. Geltendmachung	482
D. Doppelstellung der Absonderungsgläubiger	482
III. Aufrechnung im Insolvenzverfahren	483
A. Allgemeines	483
B. Erweiterung der Aufrechnungsmöglichkeiten	483
C. Einschränkung der Aufrechnung	483
IV. Masseforderungen	484
A. Wesen	484
B. Massegläubiger	485
C. Rangfolge	485
D. Durchsetzung	485
V. Insolvenz-Entgeltsicherung	486
A. Allgemeines	486
B. Kreis der Anspruchsberechtigten	486
C. Gesicherte Ansprüche	486
D. Betragliche Beschränkungen	487
E. Zeitliche Grenzen	487
F. Verhältnis IESG – Masseforderungen	487
G. Legalzession an den Insolvenz-Entgelt-Fonds	488
H. Geltendmachung	488

Neuntes Kapitel

Verwertung der Insolvenzmasse	489
I. Allgemeines	489
II. Freihandverkauf/Kridamäßige Veräußerung	489
III. Überlassung zur freien Verfügung	490

Zehntes Kapitel

Verteilung	491
I. Allgemeines	491
II. Verteilungsarten	492
A. Abschlagsverteilungen	492
B. Schlussverteilung	492
C. Nachtragsverteilungen	492

III.	Form der Verteilung	492
	A. Formfreie Verteilung	492
	B. Formgebundene Verteilung	493

Elftes Kapitel

Insolvenzanfechtung		494
I.	Zweck	494
II.	Wirkung	494
III.	Durchführung	494
IV.	Anfechtungsgründe	495
	A. Allgemeiner Anfechtungstatbestand	495
	B. Besondere Anfechtungstatbestände	495
	1. Benachteiligungsabsicht (§ 28 Z 1–3 IO)	495
	2. Vermögensverschleuderung (§ 28 Z 4 IO, 1-Jahres-Frist)	496
	3. Schenkung und exekutiver Erwerb (§ 29 IO, 2-Jahres-Frist)	496
	4. Begünstigung (§ 30 IO)	496
	5. Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit (§ 31 IO)	497
	6. Wechsel und Scheckzahlungen (§ 33 IO)	498

Zwölftes Kapitel

Sanierungsplan		499
I.	Allgemeines	499
II.	Sanierungsplanantrag	499
	A. Antragslegitimation	499
	B. Unzulässigkeit	500
	C. Notwendiger Inhalt	500
	D. Zurückweisung	500
III.	Maßnahmen nach der Berichtstagsatzung	501
IV.	Sanierungsplantagsatzung	501
	A. Allgemeines	501
	B. Stimmrecht	502
	C. Beschlussfähigkeit – Annahme des Sanierungsplanantrags	502
	D. Erstreckung	503
V.	Versagung der Bestätigung	503
VI.	Bestätigung des Sanierungsplans und Aufhebung des Insolvenzverfahrens	503
	A. Allgemeines	503
	B. Rekurs	504
VII.	Rechtswirkungen des bestätigten Sanierungsplans	505
VIII.	Quotenmäßiges Wiederaufleben der Forderungen	505
IX.	Nichtigkeit des Sanierungsplans	506
X.	Unwirksamkeit des Sanierungsplans	506
XI.	Neuerliches Insolvenzverfahren	506

Dreizehntes Kapitel

Privatinsolvenz 508

I. Allgemeines 508

II. Außergerichtlicher Ausgleich 508

III. Antrag auf Insolvenzeröffnung 509

IV. Sanierungsplan 509

V. Zahlungsplan 510

VI. Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung 511

 A. Voraussetzungen 511

 B. Verfahrensablauf 512

 C. Erteilung der Restschuldbefreiung 513

 D. Widerruf der Restschuldbefreiung 514

Vierzehntes Kapitel

Internationales Insolvenzrecht 530

I. Allgemeines 530

II. Europäisches Insolvenzrecht 531

III. Anwendungsbereich der EuInsVO 2015 533

IV. Universale Regelungstendenz 534

V. Begrenzung der Universalität 536

VI. Sekundärverfahren 537

Stichwortverzeichnis 539

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, JGS 1811/946
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs	Absatz
ADV	Automationsunterstützte Datenverarbeitung
AG	Aktiengesellschaft
AGO	Allgemeine Gerichtsordnung, JGS 1781/13
AHG	Amtshaftungsgesetz, BGBl 1949/20
ALVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl 1977/609
aM	anderer Meinung
AnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
ArbVG	Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl 1974/22
Art	Artikel
AS	Alternative Streitbeilegung
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, BGBl 1985/104
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1955/189
AUG	Auslandsunterhaltsgesetz, BGBl I 2014/34
BeitrZPR	Beiträge zum Zivilprozeßrecht, Band I–IV (1981–1991)
BG	Bundesgesetz, Bezirksgericht
BGBl	Bundesgesetzblatt
BKV	Beklagtenvertreter
BlgNR	Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BörseG	Börsegesetz, BGBl 1989/555
Brüssel Ia-VO	VO (EG) 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2012/351, 1
Brüssel IIa-VO	(auch EuEheKindVO) VO (EG) 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung, ABl L 2003/338, 1
Brüssel IIb-VO	VO (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. 6. 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Neufassung), ABl L 2019/178, 1
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz 1920 idF 1929, BGBl 1930/1
BVerfG	(deutsches) Bundesverfassungsgericht
bzw	beziehungsweise
ders (dies)	derselbe (dieselbe)
dh	das heißt
DSG	Datenschutzgesetz 2000, BGBl I 1999/165

E	Entscheidung
EFSI _g	Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen
EF-Z	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EGEO	Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung, BGBl 1953/6
EGJN	Einführungsgesetz zur Jurisdiktionsnorm, RGBl 1895/110
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, RGBl 1895/112
EKEG	Eigenkapitalersatz-Gesetz, BGBl I 2003/92
EKHG	Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz, BGBl 1959/48
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention, BGBl 1958/210
EO	Exekutionsordnung, RGBl 1896/79
ErläutRV	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ERV	Elektronischer Rechtsverkehr bzw VO des BMJ über den elektronischen Rechtsverkehr 2006, BGBl II 2005/481
EuBagatelIVO	VO (EU) 86/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, ABl L 2007/199, 1
EuErbVO	VO (EU) 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABl L 2012/201, 107
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVÜ	(auch Brüsseler Übereinkommen) Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. 9. 1968, BGBl III 1998/167
EuGVVO	(auch Brüssel I-VO) VO (EG) 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2001/12, 1
EuInsVO 2000	VO (EG) 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren, ABl L 2000/160, 1
EuInsVO 2015	VO (EU) 848/2015 des Europäischen Parlaments und des Rates über Insolvenzverfahren (Europäische Insolvenzverordnung, Neufassung), ABl L 2015/141, 19
EuKoPfVO	VO (EU) 655/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2014/189, 59
EuSchMaVO	VO (EU) 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen, ABl L 2013/181, 4

EuUntVO	(auch EuUVO) VO (EG) 4/2009 des Rates vom 18. 12. 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABl L 2009/7, 1
EuZVO	VO (EG) 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen, ABl L 2007/324, 79
eV	einstweilige Verfügung/en
ExS	Sammlung von Rechtsmittelentscheidungen in Exekutionssachen
f, ff	folgend, folgende
FS	Festschrift
GebAG	Gebührenanspruchsgesetz, BGBl 1975/136
GEG	Gerichtliches Einbringungsgesetz, BGBl 1962/288
gem	gemäß
Geo	Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz, BGBl 1951/264
GesRZ	Der Gesellschafter. Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht
ggf	gegebenenfalls
GGG	Gerichtsgebührengesetz, BGBl 1984/501
GIN 2006	Gerichtsgebühren- und Insolvenzrechts-Novelle
GIUNF	<i>Glaser/Unger</i> , Sammlungen von zivilrechtlichen Entscheidungen des kk Obersten Gerichtshofes, Neue Folge
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, RGrBl 1906/58
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz, RGrBl 1896/217
GP	Gesetzgebungsperiode
HB	Handbuch
HGÜ	Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30. 6. 2005
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
Hrsg	Herausgeber, herausgegeben
hRsp	herrschende Rechtsprechung
HS	Halbsatz
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
idZ	in diesem Zusammenhang
ieS	im engeren Sinne
IESG	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl 1977/324
iFamZ	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht
IIRG	BG über das Internationale Insolvenzrecht, BGBl I 2003/36
insb	insbesondere
IO (früher: KO)	Insolvenzordnung (früher: Konkursordnung), RGrBl 1914/337

Abkürzungsverzeichnis

IRÄG	Insolvenzrechtsänderungsgesetz
iS(d)	im Sinne (der/des)
iZm	im Zusammenhang mit
JABl	Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung
JAP	Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung
JB1	Juristische Blätter
JGS	Justizgesetzsammlung
JN	Jurisdiktionsnorm, RGeBl 1895/111
KG	Kommanditgesellschaft
KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz, BGBl 1994/651
KSchG	Konsumentenschutzgesetz, BGBl 1979/140
KTS	(deutsche) Zeitschrift für Insolvenzrecht
KV	Klagevertreter
L	Lehre
LAG	Landarbeitsgesetz, BGBl 1984/287
LBG	Liegenschaftsbewertungsgesetz, BGBl 1992/150
LG	Landesgericht, Landesgesetz
LGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. 9. 1988 (Lugano-Übereinkommen, BGBl 1996/448) revidierte Fassung ABl L 2007/339, 3
LGZ	Landesgericht für Zivilrechtssachen
LVwG	Landesverwaltungsgericht
MietSlg	Mietrechtliche Entscheidungen
MRG	Mietrechtsgesetz, BGBl 1981/520
Nr	Nummer
NTG	Notariatstarifgesetz, BGBl 1973/576
NZ	Österreichische Notariats-Zeitung
NZI	(deutsche) Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
ÖBA	Österreichisches Bank-Archiv
ÖBl	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
OG	Offene Gesellschaft
OGH	Oberster Gerichtshof
OGHG	BG über den Obersten Gerichtshof, BGBl 1968/328
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
ÖJZ-LSK	ÖJZ-Leitsatzkartei
OLG	Oberlandesgericht
ÖRPfl	Der österreichische Rechtspfleger
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
PatG	Patentgesetz, BGBl 1970/259

RA	Rechtsanwalt/-anwältin
RAO	Rechtsanwaltsordnung, RGeBl 1868/96
RATG	Rechtsanwaltstarifgesetz, BGBl 1969/189
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
RGeBl	Reichsgesetzblatt
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RpflG	Rechtspflegergesetz, BGBl 1985/560
Rsp	Rechtsprechung
RStDG	Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, BGBl 1961/305
RV	Regierungsvorlage
Rz	Randzahl
RZ	Österreichische Richterzeitung
S	Seite
sog	sogenannte(r, s)
StadtErnG	Stadterneuerungsgesetz, BGBl 1974/287
StPO	Strafprozeßordnung, BGBl 1975/631
stRsp	ständige Rechtsprechung
SV	Sachverständige/r
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
ua	unter anderem, und andere
UrhG	Urheberrechtsgesetz, BGBl 1936/111
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
UWG	BG gegen den unlauteren Wettbewerb, BGBl 1984/448
VereinsG	Vereinsgesetz, BGBl I 2002/66
Verpfl	Verpflichteter
VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl 1953/85
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigen Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	vergleiche
VIA	(deutsche) Verbraucherinsolvenz Aktuell
VO	Verordnung
VU	Versäumungsurteil
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter
WDK	Wiener Diplomatenkonvention
WGN	Wertgrenzen-Novelle
WinkelschreiberV	Winkelschreibereiverordnung, RGeBl 1857/114
WKK	Wiener Konsularkonvention
wobl	Wohnrechtliche Blätter
WR	Der Wiener Richter

Abkürzungsverzeichnis

Zak	Zivilrecht aktuell
zB	zum Beispiel
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZInsO	(deutsche) Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	(deutsche) Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung, RGBI 1895/113
ZustG	Zustellgesetz, BGBl 1982/200
ZVI	(deutsche) Zeitschrift für Verbraucher- und Privat-Insolvenzrecht
ZVN	Zivilverfahrensnovelle
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht
ZZP	(deutsche) Zeitschrift für Zivilprozeß

Allgemeine Literatur zum Zivilverfahren

I. Gesamtdarstellungen zum Erkenntnis- und Außerstreitverfahren

- Albiez/Pablik/Parzmayr*, Handbuch Zivilprozess² (2016)
- Bajons*, Zivilverfahren. Grundlehren des Prozesses und der Exekution (1991)
- Ballon/Nunner-Krautgasser/Schneider*, Einführung in das Zivilprozessrecht – Streitiges Verfahren¹⁵ (2018)
- Buchegger/Deixler-Hübner/Holzhammer*, Praktisches Zivilprozessrecht I – Streitiges Verfahren⁶ (1998)
- Buchegger/Markowetz*, Außerstreitverfahrensrecht² (2018)
- Buchegger/Markowetz*, Grundriss des Zivilprozessrechts² (2019)
- Deixler-Hübner*, Außerstreitverfahren² (2018)
- Dolar/Roth*, Zivilprozessrecht¹⁶ (2019)
- Fasching*, Lehrbuch des österreichischen Zivilprozessrechts. Lehr- und Handbuch für Studium und Praxis² (1990)
- Holzhammer*, Österreichisches Zivilprozeßrecht² (1976)
- Klein/Engel*, Der Zivilprozeß Österreichs (1927)
- Klicka/Oberhammer/Domej*, Außerstreitverfahren⁶ (2020)
- Kodek/Mayr*, Zivilprozessrecht⁴ (2018)
- Mayr/Fucik*, Verfahren außer Streitsachen (2013)
- Mayr/Fucik*, Einführung in die Verfahren außer Streitsachen² (2019)
- Neumayr*, Außerstreitverfahren⁷ (2019)
- Neumayr*, Zivilprozessrecht I–III⁹ (2019)
- Petschek/Stagel*, Der österreichische Zivilprozeß (1963)
- Pollak*, System des österreichischen Zivilprozeßrechts unter Einschluß des Exekutionsrechts² (1932)
- Rechberger/Simotta*, Grundriss des österreichischen Zivilprozessrechts – Erkenntnisverfahren⁹ (2017)
- Roth*, Zivilprozessrecht – Österreichisches Zivilprozessrecht – Europäisches Zivilprozessrecht – Musterakt² (2015)
- Sperl*, Lehrbuch der bürgerlichen Rechtspflege (1925–1930)
- Wolff*, Grundriß des österreichischen Zivilprozeßrechts² (1947)

II. Gesamtdarstellungen zum Exekutionsverfahren

- Buchegger/Markowetz*, Exekutionsrecht² (2017)
- Burgstaller/Deixler-Hübner/Dolar*, Praktisches Zivilprozessrecht II – Außerstreitverfahren und Exekutionsverfahren⁵ (1997)
- Holzhammer*, Österreichisches Zwangsvollstreckungsrecht⁴ (1993)
- Mini*, Exekutionsverfahren⁴ (2017)

- Neumayr/Nunner-Krautgasser*, Exekutionsrecht⁴ (2018)
Petschek/Hämmerle/Ludwig, Das österreichische Zwangsvollstreckungsrecht (1968)
Rechberger/Oberhammer, Exekutionsrecht⁵ (2009)
Rechberger/Simotta, Exekutionsverfahren² (1992)
Roth, Exekutions- und Insolvenzrecht¹¹ (2019)
Seiser, Exekutionsrecht¹¹ (2018)
Walker, Österreichisches Exekutionsrecht⁴ (1932)

III. Gesamtdarstellungen zum Insolvenzverfahren

- Buchegger*, Insolvenzrecht³ (2017)
Dellinger/Oberhammer/Koller, Insolvenzrecht⁴ (2018)
Feuchtinger/Lesigang, Praxisleitfaden Insolvenzrecht⁴ (2015)
H. Fink, Insolvenzrecht¹⁰ (2017)
Rechberger/Seeber/Thurner, Insolvenzrecht³ (2018)
Roth, Exekutions- und Insolvenzrecht¹¹ (2019)

IV. Fall- und Mustersammlungen

- Bouhafa/Fucik/Kleindienst-Passweg/Rath*, Verhandeln vor Gericht² (2016)
Buchegger/Roth, Zivilprozessrecht – Sammlung kommentierter Fälle⁵ (2018)
Deixler-Hübner/Neumayr, Musterakt Zivilverfahren² (2017)
Graf-Schimek/Koller (Hrsg), Casebook Zivilverfahrensrecht⁴ (2019)
Heinke, Schriftsätze im Zivilprozess⁷ (2011)
Mini/Scholz, Schriftsätze im Exekutionsverfahren (2015)
Roth, Zivilprozessrecht – Schaubilder und Aktenmuster¹² (2018)
Strauss, Zivilverfahrensrecht in ausgewählten Beispielen aus der Praxis³ (2017)

V. Kommentare

- Angst/Jakusch/Pimmer* (Hrsg), Taschenkommentar zur Exekutionsordnung¹⁵ (2009)
Angst/Oberhammer (Hrsg), Kommentar zur Exekutionsordnung³ (2015)
Bartsch/Pollak/Buchegger (Hrsg), Österreichisches Insolvenzrecht⁴ (ab 2000)
Deixler-Hübner (Hrsg), Kommentar zur Exekutionsordnung (Loseblatt, Stand: 2020)
Deixler-Hübner/Fucik/Mayrhofer (Hrsg), Gewaltschutz und familiäre Krisen (2018)
Fasching (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozessgesetzen² (2000 bis 2010)
Fasching/Konecny (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozessgesetzen³ (ab 2013)
Feil, Exekutionsordnung⁵ (Loseblatt, Stand: 2014)
Feil, Praxiskommentar Insolvenzordnung⁸ (2014)
Feil, Kurzkommentar Außerstreitgesetz³ (2016)
Feil/Marent, Kommentar Exekutionsordnung (2008)

Fucik/Klauser/Kloiber, ZPO – Österreichisches und europäisches Zivilprozessrecht¹² (2015)

Gitschthaler/Höllwerth (Hrsg), Kommentar zum Außerstreitgesetz² (2019)

Höllwerth/Ziehensack (Hrsg), ZPO Taschenkommentar (2019)

Jelinek/Zangl, Taschenkommentar Insolvenzordnung⁸ (2010)

Koller/Lovrek/Spitzer (Hrsg), IO – Insolvenzordnung (2019)

Konecny/Schubert, Insolvenzgesetze (Loseblatt, Stand: 2016)

Mohr/Pimmer/Schneider, Taschenkommentar Exekutionsordnung¹⁶ (2017)

Muhri/Stortecy, Das neue Insolvenzrecht – Kurzkommentar⁶ (2010)

Nueber, ZPO Schiedsverfahren Taschenkommentar (2018)

Rechberger (Hrsg), Kommentar zum AußStrG² (2013)

Rechberger/Klicka (Hrsg), Zivilprozessordnung Kommentar⁵ (2019)

Schneider/Verweijen (Hrsg), AußStrG Kommentar (2019)

VI. Gesetzesausgaben

Angst/Jakusch/Mohr, Exekutionsordnung¹⁵ (2012)

Bydlinski/Schauer (Hrsg), Österreichische Gesetze (Loseblatt, Stand: 2019)

Deixler-Hübner, Paragraph Zivilprozessrecht¹⁴ (2019)

Doralt, Kodex Zivilgerichtliches Verfahren⁴⁴ (2019)

Klauser/Kodek, JN-ZPO – Österreichisches und Europäisches Zivilprozessrecht¹⁸ (2018)

Mayr, Zivilprozessordnung mit Jurisdiktionsnorm (2009)

Mohr, Insolvenzordnung¹¹ (2012)

Rechtsquellen

I. Streitiges Zivilverfahren

Jurisdiktionsnorm (JN), Gesetz über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtssachen (RGBl 1895/111)

Einführungsgesetz zur Jurisdiktionsnorm (EGJN), Gesetz betreffend die Einführung des Gesetzes über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtssachen (RGBl 1895/110)

Zivilprozessordnung (ZPO), Gesetz über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (RGBl 1895/113)

Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung (EGZPO), Gesetz betreffend die Einführung des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (RGBl 1895/112)

Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (ASGG), Bundesgesetz über die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit (BGBl 1985/104)

OGH-Gesetz (OGHG), Bundesgesetz über den Obersten Gerichtshof (BGBl 1968/328)

Rechtspflegergesetz (RpflG), Bundesgesetz betreffend die Besorgung gerichtlicher Geschäfte durch Rechtspfleger (BGBl 1985/560)

Zustellgesetz (ZustG), Bundesgesetz über die Zustellung behördlicher Schriftstücke (BGBl 1982/200)

Gerichtsorganisationsgesetz (GOG), Gesetz womit Vorschriften über die Besetzung, innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Gerichte erlassen werden (RGBl 1896/217)

Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz (Geo), Verordnung des Bundesministeriums für Justiz (BGBl 1951/264)

II. Exekutionsverfahren

Exekutionsordnung (EO), Gesetz über das Exekutions- und Sicherungsverfahren (RGBl 1896/79)

Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung (EGEO), Gesetz betreffend die Einführung des Gesetzes über das Exekutions- und Sicherungsverfahren (RGBl 1896/78, wiederverlautbart BGBl 1953/6)

III. Insolvenzverfahren

Insolvenzordnung (IO), Bundesgesetz über das Insolvenzverfahren (RGBl 1914/337)

Insolvenzrechtseinführungsgesetz (IEG), Kaiserliche Verordnung über die Einführung einer Konkursordnung, einer Ausgleichsordnung und einer Anfechtungsordnung (RGBl 1914/337)

Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (IESG), Bundesgesetz über die Sicherung von Arbeitnehmeransprüchen im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers (BGBl 1977/324)

Unternehmensreorganisationsgesetz (URG), Bundesgesetz über die Reorganisation von Unternehmen (BGBl I 1997/114)

IV. Alternative Streitbeilegung

Alternative-Streitbeilegung-Gesetz (AStG), Bundesgesetz über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten (BGBl I 2018/32)

Zivilrechts-Mediations-Gesetz (ZivMediatG), Bundesgesetz über Mediation in Zivilrechtssachen (BGBl I 2003/29)

EU-Mediations-Gesetz (EU-MediatG), Bundesgesetz über bestimmte Aspekte der grenzüberschreitenden Mediation in Zivil- und Handelssachen in der Europäischen Union (BGBl I 2011/21)

Erster Teil

Erkenntnisverfahren

Erstes Kapitel

Der Zivilprozess und seine verfassungsrechtlichen Grundlagen

I. Wesen des Zivilverfahrens und historische Entwicklung

Literatur: *Böhm*, Die österreichischen Justizgesetze von 1895/96, in *Hofmeister* (Hrsg), Kodifikation als Mittel der Politik (1986) 59; *Fischer*, Festvortrag „100 Jahre Republik – 100 Jahre Justizgeschichte“ Richtertag 2017, RZ 2018, 22; *Jelinek*, Einflüsse des österreichischen Zivilprozessrechts auf andere Rechtsordnungen, in *Habscheid* (Hrsg), Das deutsche Zivilprozessrecht und seine Ausstrahlung auf andere Rechtsordnungen (1991) 41; *Kodek*, Budgetbegleitgesetz 2011 – die justiziellen Bestimmungen im Überblick, Zak 2011/8, 4; *Lewisch/Rechberger* (Hrsg), 100 Jahre ZPO – Ökonomische Analyse des Zivilprozesses (1998); *Matscher*, Der Beitrag des österreichischen Parlaments zur Entwicklung des zivilprozessualen Rechts, in *Schambeck* (Hrsg), Parlamentarismus und öffentliches Recht (1993); *Mayr* (Hrsg), 100 Jahre österreichische Zivilprozessgesetze (1998); *Mayr*, Neue Rechtstatsachen aus der Zivilgerichtsbarkeit, AnwBl 2009, 54; *Peer/Scheuer*, Neuerungen im Bereich des Zivilverfahrensrechts durch das Budgetbegleitgesetz 2011, ÖJZ 2011/13, 101; *Rechberger*, Zur Entwicklung des Zivilverfahrensrechts in Österreich in den letzten 50 Jahren, FS 50 Jahre Oberösterreichische Juristische Gesellschaft (2010) 54; *Sprung*, Die Grundlagen des österreichischen Zivilprozessrechts, ZZP 1977, 380; *Steininger*, 150 Jahre Oberster Gerichtshof in Wien, RZ 1998, 262.

Unter **Zivilverfahren** versteht man die staatlich geregelte Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche. Die Rechtsdurchsetzung kann nur in Ausnahmefällen (Notwehr, Notstand, Selbsthilfe) den Betroffenen selbst überlassen bleiben. IdR ist ein Verfahren vor staatlichen Organen (Gerichten) notwendig, in dem zunächst geklärt wird, ob der Anspruchswerber (Kläger = derjenige, der behauptet, Gläubiger zu sein) gegen den Anspruchsgegner (Beklagter = derjenige, der als Schuldner bezeichnet wird) einen privatrechtlichen Anspruch hat (**Erkenntnisverfahren** = Zivilprozess, Hauptrechtsquellen: JN und ZPO). Wird der behauptete Anspruch in einer staatlichen Entscheidung, idR in einem gerichtlichen **Urteil** als bestehend anerkannt, jedoch nicht freiwillig erfüllt, schließt sich daran ein **Zwangsvollstreckungsverfahren** zur faktischen Rechtsverwirklichung an (Exekution, Hauptrechtsquelle: EO). Ist ein Schuldner nicht in der Lage einen Anspruch zu erfüllen, dh insolvent, kommt es zu einem **Insolvenzverfahren** als Gesamtvollstreckungsverfahren zugunsten mehrerer Gläubiger (Sanierungs- oder Konkursverfahren; Hauptrechtsquelle: IO). Das **Außerstreitverfahren** schließlich ist ein Sonderverfahren zugunsten gewisser zivilrechtlicher Angelegenheiten, die in einem formfreieren und flexibleren Verfahren erledigt werden sollen (Hauptrechtsquelle: AußStrG).

Die österreichischen Zivilprozessgesetze (JN und ZPO) wurden 1895 und 1896 beschlossen, traten am 1. 1. 1898 in Kraft und lösten damit vor allem die AGO von 1781 ab (gleichzeitig wurde auch die EO in Kraft gesetzt). Die AGO und deren überarbeitete Fassung von 1796, die westgalizische Gerichtsordnung, bauten noch auf den Prozessprinzipien der Schriftlichkeit, Mittelbarkeit, Nichtöffentlichkeit und der an feste Beweisregeln gebundenen Beweiswürdigung auf, sodass die ZPO mit ihren **Grundsätzen** der

Öffentlichkeit, Mündlichkeit, freien Beweiswürdigung und auch vor allem **Raschheit des Verfahrens** die bisherigen Grundsätze gerade in ihr Gegenteil verkehrte und damit die damals wohl **modernste Prozessordnung Europas** darstellte.

Bereits vor Geltung der ZPO wurde dem Ruf nach einer Verfahrensbeschleunigung mit Verabschiedung des bis 1983 in Geltung gestandenen Bagatellverfahrens (RGBl 1873/66) entsprochen. Auch dieses sah bereits das Prinzip der Unmittelbarkeit und freien Beweiswürdigung vor.

Der Vater der ZPO, *Franz Klein*, wurde aber bald nach Inkrafttreten der Zivilprozessgesetze, basierend auf seinen Veröffentlichungen „pro futuro“, mit deren Reform beauftragt. *Franz Klein* sah im Zivilprozess nicht nur einen Streit zwischen zwei Privatpersonen über zivilrechtliche Verpflichtungen (eine Art Kampf um das Recht), sondern erblickte im Entstehen eines Zivilprozesses ein soziales Übel, das negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zeitigte und daher möglichst effektiv zu beseitigen sei, weshalb der Prozess **einfach, rasch und billig** ausgestaltet werden müsse (sog **Grundsatz des sozialen Zivilprozesses**).¹

Die ZPO wurde erstmals 1914 durch die erste Gerichtsentlastungsnovelle (RGBl 1914/118) novelliert. Dabei wurde bei den Gerichtshöfen erster Instanz die obligatorische Senatsgerichtsbarkeit durch die Einzelgerichtsbarkeit ersetzt. Dieser folgten bis 1933 noch weitere sieben Gerichtsentlastungsnovellen. 1979 wurde mit dem Konsumentenschutzgesetz (KSchG) die erleichterte Möglichkeit der Bekämpfung von Versäumungsurteilen (VU) geschaffen. **Grundlegende Änderungen** erfolgten dann erst durch die **Zivilprozessrechtsnovellen 1983** (BGBl 1983/135) und **1986** (BGBl 1986/71), die vor allem vom Grundsatz des „**verbesserten Zugangs zum Recht**“ gekennzeichnet waren. Diese Novellen brachten Änderungen im Bereich der Verbesserungsfähigkeit von Schriftsätzen, im Eheverfahren und im arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren, sowie eine Verlängerung der Rechtsmittelfristen.

Durch die erweiterte **Wertgrenzennovelle 1989** (BGBl 1989/343) wurden die **Wertgrenzen** für das Gerichtshofverfahren **sukzessive angehoben** und die rechtliche Möglichkeit der **Grundsatzrevision** geschaffen. Die Neuregelung eines **Fristsetzungsantrags** sollte die Verfahren beschleunigen. Weitere Novellierungen erfolgten im Zug der **EO-Novelle 1991** (BGBl 1991/628) im Bereich der §§ 27 und 50 sowie im arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren durch die **ASGG-Novelle 1994** (BGBl 1994/624).

Eine weitere Änderung vollzog sich schließlich durch die erweiterte **Wertgrenzennovelle 1997** (BGBl I 1997/140), die vor allem eine grundlegende Novellierung des **Rechtsmittelverfahrens**, Änderungen im Bereich der internationalen **Zuständigkeit** sowie die Anhebung vieler **Wertgrenzen** brachte. Mit der **Zivilverfahrens-Novelle 2002** (BGBl I 2002/76) wurden zahlreiche **verfahrensbeschleunigende Maßnahmen** und Änderungen vor allem im Bereich des **Mahnverfahrens** (vor allem seine Ausweitung auf das Gerichtshofverfahren), bei den **VU** und im **typischen Verfahrensablauf (Abschaffung der ersten Tagsatzung)** eingeführt. Die **Zivilverfahrens-Novelle 2004** (BGBl I 2004/128) brachte kleine Änderungen in der **Gerichtsbesetzung**, im Recht der **Verfahrenshilfe**, bei der **Akteneinsicht** und beim **VU** und das **Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2006** (BGBl I 2006/7) reformierte das Schiedsverfahren.

¹ Vgl dazu *Lewisch* in *Lewisch/Rechberger*, 100 Jahre ZPO 97 ff.

Weitere Neuerungen erfuhr die ZPO durch die Zivilverfahrensnovelle 2009 (BGBl I 2009/30), durch zwei Sammelgesetze – nämlich die **Budgetbegleitgesetze 2009 und 2011** – die **Grundbuchs-Novelle 2012** (BGBl I 2012/30) und das **Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2013** (BGBl I 2013/118). Mit dem **2. Stabilitätsgesetz 2012** (BGBl I 2012/35) sollten die Wertgrenzen für die Zuständigkeit schrittweise jährlich angehoben werden, allerdings blieb es letztlich bei der Höhe von € 15.000,- (BGBl I 2014/78). Einen fundamentalen Wechsel im Rechtsschutzsystem hinsichtlich der Geltendmachung von Verfassungswidrigkeiten eines einfachen Gesetzes (oder einer Verordnung) brachte die **Änderung des B-VG** (BGBl I 2013/114): Seit 1. 1. 2015 können die Parteien eines Zivilprozesses aus Anlass eines Rechtsmittels an die zweite Instanz **einen Antrag auf Gesetzes- bzw. Ordnungsprüfung** stellen (Art 139, 140 B-VG, s dazu 7 f). Mit der Novelle 2015 (BGBl I 2015/94) kam es zu Systemanpassungen iZm Prozesseinreden.² Seither wurde die ZPO nur durch Novellen in anderen Rechtsbereichen (geringfügig) angepasst. So im Rahmen des **2. Erwachsenenschutzgesetzes** (BGBl I 2017/59), dem **Materien-Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018** (BGBl I 2018/32), dem **Erwachsenenschutz-Anpassungsgesetz Justiz** (BGBl I 2018/58) und der **UWG-Novelle 2018** (BGBl I 2018/109).

Die EO erfuhr zahlreiche Anpassungen, zunächst mit der **EO-Novelle 2008** (BGBl I 2008/37), dem **Sicherheitsbehörden-Neustrukturierungs-Gesetz** (BGBl I 2012/50), dem **Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013** (BGBl I 2013/33), sowie der **EO-Novelle 2014** (BGBl I 2014/69) und der **EO-Novelle 2016** (BGBl I 2016/100). Auch hier kam es seither nur zu kleineren Novellierungen durch das **Materien-Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018** (BGBl I 2018/32), das **Zivilrechts- und Zivilverfahrensrechts-Änderungsgesetz 2019** (BGBl I 2019/38) und das **Gewaltschutzgesetz 2019** (BGBl I 2019/105).

Die IO wurde im Jahr 2010 durch das **Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010** (BGBl I 2010/29) umfassend novelliert und erfuhr seither Änderungen durch das **Budgetbegleitgesetz 2011** (BGBl I 2010/111), das **Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2013** (BGBl I 2013/109), die **EO-Novelle 2014** (BGBl I 2014/69), das **Sanierungs- und Abwicklungsgesetz** (BGBl I 2014/98), das **Versicherungsaufsichtsgesetz 2016** (BGBl I 2015/34), das **Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016** (BGBl I 2016/43), das **IRÄG 2017** (BGBl I 2017/122) und zuletzt durch das **Zivilrechts- und Zivilverfahrensrechts-Änderungsgesetz 2019** (BGBl I 2019/38).

II. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Zivilverfahrens

Literatur: *Adamovich*, Einwirkungen der Verfassung auf die Rechtsprechung, RZ 1993, 7; *Adamovich*, Ausschluss der Öffentlichkeit im zivilgerichtlichen Verfahren durch Parteienantrag? RZ 2004, 165; *Ballon*, Der Einfluss der Verfassung auf das Zivilprozessrecht, ZZP 1983, 409; *Berchtold*, Das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter, in *Machacek/Pahr/Stadler* (Hrsg), 40 Jahre EMRK II (1992) 711; *Böhm*, Möglichkeiten und Grenzen einer Beschleunigung des zivilgerichtlichen Verfahrens

² Vgl dazu Nachweise in der bisherigen Judikatur RIS-Justiz RS0040233, zuletzt 1 Ob 249/15x.

aus verfassungsrechtlicher Sicht, FS Machacek und FS Matscher (2008) 731; *DACH* (Hrsg), Grundrechtsschutz im gerichtlichen Verfahren (1994); *Fasching*, Verfassungskonforme Gerichtsorganisation, 10. ÖJT 1988, I/3; *Fasching*, Zur Auslegung der Zivilverfahrensgesetze, JBl 1990, 749; *Fragner/Schimka*, Verwaltungsgerichtsbarkeit-Novelle 2012, GesRZ 2012, 91; *Grois*, Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, AnwBl 2013, 426; *Holoubek*, Parteiantrag auf Normenkontrolle – Erste Erfahrungen in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs, RZ 2017, 83; *Klicka*, Der Antrag auf Normenkontrolle durch die Verfahrenspartei im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten, wobl 2015, 10; *Kodek*, Die Wahrung von Grundrechten durch die Gerichtsbarkeit, ÖJZ 2008/25; *Lebitsch*, Verfassungsrechtliche Aspekte der Organisation der Bezirksgerichte, RZ 1994, 258; *Lienbacher*, Der Öffentlichkeitsgrundsatz des Zivil- und Strafverfahrens im österreichischen Verfassungsrecht, ÖJZ 1990, 425; *Lovrek*, Rechtsstaatlichkeit aus Sicht der ordentlichen Gerichtsbarkeit, AnwBl 2019/131; *Matscher*, Der Einfluss der EMRK auf den Zivilprozess, FS Henckel (1995) 593; *Matscher*, Der Gerichtsbegriff der EMRK, FS Baumgärtel (1990) 363; *Matscher*, Die Verfahrensgarantien der EMRK in Zivilrechtssachen, ZÖR 1980, 1; *Mayer*, Funktion und Grenzen der Gerichtsbarkeit im Rechtsstaat, 11. ÖJT 1991, I/1; *Mayr/Rath-Kathrein*, Verfassungsrechtliche Fragen der wohnrechtlichen Schlichtungsstellen, wobl 2013, 67; *Moritz*, Zur kompetenzrechtlichen Bedeutung des Art 15 Abs 9 B-VG, JBl 1989, 72; *Parzmayr*, Die Grenzen der Öffentlichkeit im Zivilprozess, ÖJZ 2016/86; *Pernthaler*, Rechtsweg als Menschenrecht – Zur neueren Auslegung des Art 6 MRK als Rechtsweggarantie für „civil rights“, FS Klecatsky (1990) 221; *Pöschl*, Normprüfungsanträge durch die Parteien – Die Entstehungsgeschichte und ihr verfassungsrechtlicher Kontext, RZ 2017, 56; *Ratz*, Zur Unabhängigkeit von Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit, ÖJZ 2016/72; *Schambeck*, Demokratie und Gerichtsbarkeit, RZ 1992, 219; *Spending*, Zum Parteiantrag auf Normenkontrolle – Ein Überblick über die Rechtsprechung des VfGH zu den Antragsvoraussetzungen, ÖJZ 2017/87; *Stefula*, Der Parteiantrag auf Normenkontrolle an den VfGH in Zivilverfahren, Zak 2015/7; *Stefula*, Erste Erfahrungen mit dem Parteiantrag auf Normenkontrolle aus Sicht der Zivilgerichtsbarkeit – Normprüfungsanträge durch Verfahrensparteien, RZ 2017, 79; *Walter*, Die Gerichtsbarkeit, in *Schambeck* (Hrsg), Das österreichische Bundesverfassungsgesetz und seine Entwicklung (1980) 443; *Walter*, Verfassung und Gerichtsbarkeit (1960).

A. Organisation der Gerichte

1. Die Gerichte

Das Zivilverfahrensrecht steht unter mehreren **verfassungsrechtlichen Vorgaben**. Zunächst gibt das Verfassungsrecht organisatorische Strukturen vor. Art 82 B-VG setzt den **Bund** als Träger der ordentlichen Gerichtsbarkeit ein – mit der Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012 (BGBl I 2012/51) wurde daneben (für bestimmte Angelegenheiten) eine Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder eingeführt. Art 92 B-VG sieht den **OGH als oberste Instanz** in Zivil- und Strafsachen vor, was zweierlei bedeutet: Eine Bestandsgarantie für den OGH (nicht aber, dass dieser auch in jeder Sache angerufen werden kann!) und den Ausschluss eines weiteren Rechtszuges (insb an den VfGH). Das bedeutet, dass die Beachtung grundrechtlicher Aspekte eines Zivilrechtsfalls dem OGH überantwortet ist. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der **Anrufung des EGMR** in Straßburg, sofern die Verletzung eines sich aus der EMRK ergebenden Grundrechts mit einer Beschwerde geltend gemacht wird. Auf den Weiterbestand der innerstaatlichen Entscheidung hat eine Entscheidung des EGMR allerdings keinen unmittelbaren Einfluss, der EGMR kann nur eine **Verletzung der EMRK feststellen** und einen allfälligen Schadenersatz gegen die Republik Österreich zusprechen.

Einen fundamentalen **Wechsel im Rechtsschutzsystem** hinsichtlich der Geltendmachung von **Verfassungswidrigkeiten** eines einfachen Gesetzes (und der Gesetzeswidrigkeit einer Verordnung) brachte die Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes (BGBl I

2013/114): Seit 1. 1. 2015 kann die Partei eines in erster Instanz entschiedenen Gerichtsverfahrens, die wegen Anwendung einer gesetzwidrigen Norm in ihren Rechten verletzt zu sein behauptet, selbst einen **Antrag auf Gesetzes- bzw Verordnungsprüfung (Parteiaantrag auf Normenkontrolle bzw Gesetzesbeschwerde)** stellen (Art 139, 140 B-VG).³ Dieses Antragsrecht an den VfGH besteht aus **Anlass** eines gegen diese Entscheidung erhobenen **Rechtsmittels**. Die Voraussetzungen und Wirkungen dieses Antrags richten sich nach den Bestimmungen des VfGG. Die Verständigung des VfGH von der Antragstellung ist zum Prozessakt zu nehmen und dem Gegner zur Kenntnis zu bringen (§ 528b Abs 1). Das Rechtsmittelverfahren bleibt davon grundsätzlich unberührt; das Gericht hat den VfGH allerdings von der rechtskräftigen Zurückweisung bzw Zurücknahme des Rechtsmittels zu verständigen (§ 528b Abs 2). Mittlerweile vom VfGH teilweise aufgehobene Ausnahmen⁴ dieses Antragsrechts auf Normenkontrolle bestehen nach § 57a Abs 1 bzw § 62a Abs 1 VfGG ua für Verfahren über Besitzstörung, Beweissicherung oder eV, das Exekutionsverfahren, das Insolvenzverfahren,⁵ und die Kindesrückstellung. Die verfahrenstechnische Umsetzung des Parteiantrags auf Normenkontrolle bringen die §§ 57a, 62a VfGG und § 528b bzw § 80a AußStrG. Daneben besteht die allgemeine Anfechtungsbefugnis wegen Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes (oder Gesetzwidrigkeit einer Verordnung) für **jedes Gericht**, welches **Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit** eines anzuwendenden Gesetzes (bzw Gesetzmäßigkeit einer anzuwendenden Verordnung) hat nach Art 89 Abs 2 B-VG.

2. Trennung Justiz – Verwaltung

Art 94 Abs 1 B-VG enthält den Grundsatz der **Trennung von Justiz und Verwaltung**, was von der hM⁶ so verstanden wird, dass ein Rechtsstreit einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde zugewiesen sein muss und es (in beide Richtungen!) **keinerlei Instanzenzüge** zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden geben darf.

Mit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (BGBl I 2012/51) wurde Art 94 B-VG ein neuer Abs 2 angefügt. Mit diesem wurde dem einfachen Gesetzgeber die Befugnis eingeräumt, in einzelnen Angelegenheiten einen **Instanzenzug von der Verwaltungsbehörde an die ordentlichen Gerichte** vorzusehen. Schon bisher hat der Gesetzgeber in gewissen Materien (insb außerstreitigen Mietsachen, Sozialrechtssachen, Enteignungsschädigungen) vor dem gerichtlichen Verfahren die Durchführung einer Art behördlichen Schlichtungsverfahrens vor einer Verwaltungsstelle für wünschenswert gehalten (vor allem aus Entlastungsgründen für die Gerichte)⁷ und in der Vergangenheit (als Umgehung des früheren Art 94 B-VG) zur sog „**sukzessiven Kompetenz**“ gegriffen.

3 Dazu *Holoubek*, RZ 2017, 83; *Pöschl*, RZ 2017, 56; *Klicka*, wobl 2015, 10; *Stefula*, Zak 2015/7 und RZ 2017, 79.

4 Dazu *Spending*, ÖJZ 2017/87.

5 Dies ist nicht verfassungswidrig: VfGH G 647/2015 RdW 2017/137.

6 Vgl etwa *Kodek/Mayr*, ZPR⁴ Rz 47 f; *Fasching*, ZPR² Rz 85.

7 Die darin ergehende Entscheidung hat Rechtskraftwirkung (auch für einen Rechtsnachfolger, vgl S 226 f): 8 Ob 76/99f immolex 2000/3.

Sukzessive Kompetenz bedeutet, dass zunächst ein Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde durchgeführt wird, die Sache aber danach immer noch vor das Gericht gebracht werden kann und mit Anrufung des Gerichts (durch die mit der Entscheidung der Verwaltungsbehörde unzufriedene Partei) die Verwaltungsentscheidung **ex lege** – dh automatisch – **außer Kraft tritt**. Es wird also vor dem Gericht ein komplett neues Verfahren durchgeführt. Schon Art 94 B-VG aF sollte man bei vernünftiger Auslegung nur den Sinn geben, einerseits gemischte Behörden zu verhindern (die gleichzeitig Gericht und Verwaltungsbehörde sind, zB nach dem historischen Vorbild der „gemischten Bezirksämter“) und andererseits einen Instanzenzug vom Gericht zu einer übergeordneten Verwaltungsbehörde auszuschließen, weshalb der juristische Trick der sukzessiven Kompetenz eigentlich nicht notwendig gewesen wäre. Art 94 Abs 2 B-VG regelt nun, dass die Überprüfung einer Verwaltungsentscheidung durch ein rechtsstaatlich gesehen höherwertiges Organ, ein Gericht, nicht unmöglich gemacht werden soll. Nur die Justiz wird in Art 94 Abs 1 B-VG davor geschützt, dass die Verwaltung in ihren Bereich eingreift. Nach dem Wortlaut des neuen Art 94 Abs 2 B-VG scheint jedenfalls nunmehr klargestellt, dass ein **Außerkräftreten der Verwaltungsentscheidung** bei der Befassung durch das Gericht **nicht mehr erforderlich** ist.⁸

3. Unabhängigkeit der Justiz

Literatur: *Brenn*, Richterliche Unabhängigkeit: Grenzen der Dienstaufsicht, ÖJZ 2019/104; *Piska/Wieser*, Feste Geschäftsverteilung wackelt im Überlastungsfall, *ecolex* 2015, 771; *Ratz*, Zur Unabhängigkeit von Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit, ÖJZ 2016/72; *Straganz-Schröfl*, Wie unabhängig ist die europäische Justiz? RZ 2018, 221.

Zur Verhinderung von Einflussnahmen auf Gerichtsverfahren garantiert Art 83 Abs 2 B-VG die Wahrung des **gesetzlichen Richters** und verhindert die willkürliche, individuelle Auswechslung des Entscheidungsorgans. Dies ist durch Art 87 Abs 3 B-VG abgesichert, der die Einrichtung einer **festen Geschäftsverteilung** vorsieht, wonach die im einzelnen Streitfall vorgesehenen Richter jeweils im Voraus erkennbar sein müssen. **Verstöße** gegen das Gebot des gesetzlichen Richters werden von der ZPO – allerdings mit gewissen Einschränkungen, dh Heilungsmöglichkeiten – auch **sanktioniert**: So ist die Entscheidung eines unzuständigen Gerichts – sofern nicht Heilung der Unzuständigkeit eingetreten ist (dazu S 84 ff) – mit einem Nichtigkeitsgrund nach § 477 Abs 1 Z 3 behaftet und Verstöße gegen die Gerichtsbesetzung bzw Geschäftsverteilung sind nach den § 260 Abs 4, § 477 Abs 1 Z 2 ebenfalls (heilbare) **Nichtigkeitsgründe**.

Der Absicherung gegen unsachliche Einflüsse auf das Verfahren dienen auch die **Ablehnungsgründe** (dazu S 13 ff) sowie die Regeln über die **richterliche Unabhängigkeit**,⁹ insb die **Weisungsungebundenheit** der Richter bei ihrer rechtsprechenden Tätigkeit (Art 87 Abs 1 B-VG) und der Schutz vor **grundloser Absetzung** oder **Versetzung** (Art 88 B-VG).

⁸ Vgl *Mayr/Rath-Kathrein*, wobl 2013, 67; *Grois*, AnwBl 2013, 426.

⁹ *Ratz*, ÖJZ 2016/72.

Der **Rechtspfleger** (dazu näher S 12) als mit richterlichen Funktionen betrauter Beamter wurde in Art 87a B-VG verfassungsrechtlich eingerichtet, unterliegt aber insb einer Weisungsbefugnis durch seinen vorgesetzten Richter.

B. Verfahrensgarantien

1. Öffentlichkeit

Literatur: *Parzmayr*, Die Grenzen der Öffentlichkeit im Zivilprozess, ÖJZ 2016/86; *Lutschounig*, Medienöffentlichkeit im (Zivil-)Prozess – droht ein „gläserner“ Gerichtssaal? ÖJZ 2017/117.

Das Verfassungsrecht enthält auch Regeln zur inhaltlichen Ausgestaltung des Verfahrensablaufs. So finden die Verhandlungen grds öffentlich statt (Art 90 Abs 1 B-VG). Ausnahmen lässt Satz 2 zu, wovon in der ZPO insb in den §§ 171 ff, in § 19 AußStrG,¹⁰ § 26 UWG sowie § 30 KSchG Gebrauch gemacht wurde. Keine (Volks-)Öffentlichkeit gibt es ex lege in **Ehesachen** (§ 460 Z 3) und – über Entscheidung durch das Gericht bzw auch teilweise auf Antrag – bei **Tatsachen des Familienlebens** oder bei Gefährdung der **Sittlichkeit**. Mit der UWG-Novelle 2018 (BGBl I 2018/109) wurde das Antragsrecht dahin gehend ergänzt, dass auch bei der **Erörterung von Geschäftsgeheimnissen** die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann (§ 172 Abs 2). Bei Ausschluss der Volksöffentlichkeit sind in streitigen Verfahren – außer der Partei und ihrem Bevollmächtigten – **drei Vertrauenspersonen** zuzulassen, wenn die Partei dies verlangt (§ 174 Abs 1). In Außerstreitverfahren kann die Partei bei der mündlichen Verhandlung hingegen nur die Anwesenheit **einer Vertrauensperson** verlangen (§ 19 Abs 5 AußStrG).¹¹ Der Grund für diese unterschiedliche Rechtslage erschließt sich dem Rechtsanwender freilich nicht so recht. Die Verletzung der Öffentlichkeit wird von der ZPO als Nichtigkeitsgrund sanktioniert (§ 477 Abs 1 Z 7).

2. Fair trial und rechtliches Gehör

Die **wichtigste verfassungsrechtliche Regelung** über das Gerichtsverfahren bringt Art 6 EMRK. Er fordert, dass über **zivilrechtliche Ansprüche** ein auf Gesetz beruhendes Gericht („**tribunal**“) innerhalb angemessener Frist in einem öffentlichen, fairen Verfahren („**fair trial**“) unter Wahrung des **rechtlichen Gehörs** der Parteien entscheidet. Das rechtliche Gehör kann auch aus dem **Rechtsstaatsprinzip** abgeleitet werden und war bereits seit 1898 durch die ZPO selbst abgesichert. § 477 Abs 1 Z 4 erklärt den Entzug der Möglichkeit, vor Gericht zu verhandeln, also einen Verstoß gegen das rechtliche Gehör, zu einem **Nichtigkeitsgrund** für die Berufung bzw Revision. Noch einen Schritt weiter gehend, bildet es nach der ZPO sogar einen Grund für eine nach Rechtskraft der Entscheidung mögliche **Nichtigkeitsklage** gem § 529, wenn einer Partei das rechtliche Gehör zur Gänze entzogen wurde (zB wenn sie niemals vom Verfahren verständigt wurde).

¹⁰ Vgl *Deixler-Hübner*, Außerstreitverfahren² Rz 32 ff.

¹¹ Krit *Deixler-Hübner*, Außerstreitverfahren² Rz 35; vgl auch *Höllwerth* in *Gitschthaler/Höllwerth*, AußStrG I² § 19 Rz 49.

Art 6 EMRK garantiert ein Gerichtsverfahren für „zivilrechtliche Ansprüche“. Die Zuweisung einer Zivilsache vor eine Verwaltungsbehörde ist daher verfassungswidrig. Dem entspricht es,¹² dass § 1 JN die Zivilgerichtsbarkeit für „bürgerliche Rechtssachen“ einrichtet. Was unter einer zivilrechtlichen (= bürgerlichen) Rechtssache zu verstehen ist, ergibt sich einerseits aus den zu Art 6 EMRK entwickelten europäischen Standards, andererseits daraus, ob durch den geltend gemachten Anspruch **öffentliche Interessen** (dh Interessen der Allgemeinheit) oder **Individualinteressen des betroffenen Bürgers** betroffen sind (sog „**Interessentheorie**“). Andere Abgrenzungsmodelle stellen auf die Über- und Unterordnung der Verfahrensparteien ab (**Subjektionstheorie**) oder darauf, ob es sich um öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Beteiligte handelt (**Subjektstheorie**).¹³ Sowohl Subjektions- als auch Subjektstheorie sind Zirkeldefinitionen, weil sie gerade nicht sagen, wann eine Überordnung bzw ein öffentlich-rechtliches Rechtssubjekt vorliegt, sondern diese – zu treffende! – Abgrenzung voraussetzen. Einen Schritt weiter geht demgegenüber die Interessentheorie, da sie – anhand der Interessenbetrachtung, also der Beurteilung ob der geltend gemachte Anspruch Interessen der Allgemeinheit oder reine Individualinteressen betrifft – zumindest im Groben angibt, wann eine öffentlich-rechtliche oder eine privatrechtliche Angelegenheit vorliegt.¹⁴

IM dem Anspruch auf ein gerichtliches Verfahren in Zivilsachen gem Art 6 EMRK steht die Frage, ob die betroffene Partei auf den **Rechtsweg** (dh die Anrufung der Gerichte) wirksam **verzichten** kann, sodass eine dennoch erhobene Klage als unzulässig zurückzuweisen ist. Die hM¹⁵ lässt diesen **Rechtsschutzverzicht (pactum de non petendo)** nicht zu, deutet ihn aber regelmäßig in einen materiell-rechtlichen Verzicht auf den Anspruch (oder allenfalls in eine materielle Vergleichsvereinbarung) um, sodass auf die Erhebung einer Zivilklage zwar nicht verzichtet werden kann, diese aber letztlich doch materiell-rechtlich erfolglos bleibt, soweit auf den geltend gemachten Anspruch verzichtet werden kann.

3. Waffengleichheit

Als besondere Ausgestaltung des **Gleichheitsgrundsatzes** wird im Zivilprozess der Grundsatz der **Waffengleichheit** angesehen. Er bedeutet, dass beiden Parteien des Prozesses gleichwertige Möglichkeiten in der Rechtsverfolgung bzw Rechtsverteidigung zur Verfügung stehen müssen.¹⁶ Einseitige Rechtsmittel stehen dazu in einem Spannungsverhältnis und sind aus heutiger Sicht des Rechtsstaates und der Waffengleichheit nicht mehr vertretbar (vgl S 262).

¹² Vgl *Rechberger/Simotta*, ZPR⁹ Rz 37.

¹³ Vgl dazu 1 Ob 98/16t EvBl 2017/78; 9 ObA 88/18h ecolex 2019/236 uva; RIS-Justiz RS0045438 mwN.

¹⁴ Krit zur Interessentheorie *Schauer in Kletečka/Schauer*, ABGB-ON^{1.02} § 1 Rz 5.

¹⁵ Vgl *Kodek/Mayr*, ZPR⁴ Rz 10, 111 mwN; *Fasching*, JBl 1990, 754; aM *Dolinar/Roth*, ZPR¹⁶ 7, 229.

¹⁶ 1 Ob 170/74 JBl 1975, 379 = RZ 1975/76 sah unzutreffend in der Einseitigkeit des Rekurses an sich noch keine Schlechterstellung für die am Rekursverfahren nicht beteiligte Seite, mittlerweile gilt gem § 521a die Zweiseitigkeit im Rekursverfahren.

III. Gericht und Gerichtspersonen

A. Aufbau der Gerichtsbarkeit

Die Gerichtsbarkeit in **bürgerlichen Rechtssachen** wird – neben den Strafverfahren – durch die **ordentlichen Gerichte** ausgeübt (§ 1 JN), soweit sie nicht durch besondere Gesetze vor andere Behörden oder Organe verwiesen sind. Die ordentlichen Gerichte sind die **Bezirksgerichte, Landesgerichte, Oberlandesgerichte** und der **Oberste Gerichtshof**. Speziell für Wien sind das BG für Handelssachen, ein eigenes LG für Zivilrechtssachen, ein eigenes LG für Strafsachen, das Handelsgericht und das Arbeits- und Sozialgericht sowie für Graz ebenfalls ein eigenes LG für Zivilrechtssachen und ein eigenes LG für Strafsachen eingerichtet. Bei der Gerichtsbarkeit unterscheidet man zwischen der **Kausalgerichtsbarkeit** – für Streitigkeiten in Handels-, Arbeits- und Sozialrechtssachen – und der **allgemeinen Gerichtsbarkeit**. In Österreich bestehen derzeit ca 115 BG – wobei größere BG in Gerichtsabteilungen gegliedert sind –, 20 LG und vier OLG.¹⁷

B. Gerichtspersonen

1. Berufsrichter

Berufsrichter sind Beamte, die auf Antrag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten oder unmittelbar vom Bundesminister für Justiz auf eine Planstelle bei einem Gericht ernannt werden. Ernennungsvoraussetzungen sind die österreichische Staatsbürgerschaft, der Abschluss des rechtswissenschaftlichen Diplomstudiums, eine siebenmonatige Gerichtspraxis,¹⁸ eine insgesamt vierjährige Rechtspraxis, davon zumindest ein Jahr im richterlichen Vorbereitungsdienst und die erfolgreiche Ablegung der Richteramtprüfung (§§ 2, 16 ff und 26 RStDG). In der Ausübung ihres richterlichen Amtes sind die Richter **unabhängig, unversetzbar** und **grds unabsetzbar**. Bei der Besorgung von Justizverwaltungssachen sind sie dagegen grds weisungsgebunden (vgl dazu auch S 7).

Unter den Richtern eines Gerichts gilt der **Grundsatz der festen Geschäftsverteilung** (Art 83 Abs 2 B-VG; vgl dazu S 8). Beispielsweise vom Personalsenat eines Landesgerichts (LG) wird die – idR nach Anfangsbuchstaben des Beklagten festgelegte – Geschäftsverteilung in seinem Sprengel jeweils für ein Geschäftsjahr (1. Februar bis 31. Jänner des folgenden Jahres) beschlossen.

2. Laienrichter

Nach Art 91 Abs 1 B-VG hat das **Volk** an der Rechtsprechung **mitzuwirken**. Während im Strafprozess den Laienrichtern eine kontrollierende Aufgabe zukommt, sollen im Zivilverfahren fachkundige Personen insb im Hinblick auf die Entscheidungsfindung beigezogen werden. **Laiengerichtsbarkeit** besteht in der Zivilgerichtsbarkeit fast aus-

¹⁷ Website des BMJ unter <https://www.justiz.gv.at/web2013/home/justiz/justizbehoerden-8ab4a8a422985de30122a91f9c3962d0.de.html> (abgerufen am 1. 9. 2020).

¹⁸ Diese wurde von fünf auf sieben Monate angehoben: BGBl I 2016/39.

Das bereits in 11. Auflage erschienene Lehrbuch stellt kompakt, aber dennoch vollständig sowohl das **Erkenntnisverfahren** als auch die **Grundzüge des Exekutions- und Insolvenzrechts** dar und vermittelt so ein einheitliches Bild der verschiedenen ineinandergreifenden Bereiche des Zivilverfahrens.

Zum besseren Verständnis wird der Stoff auch anhand von **Beispielen, Skizzen und Übersichten** sowie **Musterschriftsätzen** und **Formblättern** erläutert. Durch Seitenverweise werden Verbindungen zwischen verschiedenen Bereichen des Zivilverfahrens hergestellt. Das Buch wendet sich vor allem an Studierende, bietet aber auch Berufsanwärtern (Rechtsanwalts- und Richteramtsanwärtern) und all jenen, die an rascher Information über das Zivilverfahrensrecht interessiert sind, einen **prägnanten Überblick**. Durch **interaktive Multiple-Choice-Fragen** kann das Gelernte jederzeit geübt und gefestigt werden (LearnJack).

Die Neuauflage berücksichtigt selbstverständlich neueste Judikatur und jüngste Rechtsprechung. Von Neuerungen betroffene Bereiche sind in bewährter Weise durch Hinterlegungen hervorgehoben.



Univ.-Prof. Dr. **Astrid Deixler-Hübner** ist Institutsvorständin am Institut für Österreichisches und Europäisches Zivilverfahrensrecht an der Universität Linz. Einer ihrer Schwerpunkte ist das Familienrecht. Sie ist Verfasserin zahlreicher Publikationen zum Zivilverfahrensrecht und zum Familienrecht, bei Gesetzesvorhaben beigezogene Rechtsexpertin und beim Fachpublikum anerkannte Vortragende im In- und Ausland.



Univ.-Prof. Dr. **Thomas Klicka** lehrt Zivilverfahrensrecht und Bürgerliches Recht am Institut für Internationales Wirtschaftsrecht der Universität Münster und am Institut für Zivilgerichtliches Verfahren an der Universität Wien. Er ist Autor verschiedener Publikationen zum Zivilverfahrensrecht sowie einer Kommentierung zum Sachenrecht.



Um Sie beim Üben und bei der Einschätzung bezüglich des Lernfortschrittes zu unterstützen, gibt es jetzt auf learnjack.lexisnexis.at den „LearnJack“. Die Autoren haben sich knifflige Multiple-Choice-Fragen ausgedacht, mit denen Sie rasch an Ihr Lernziel kommen. Möge die Prüfung gelingen!

ISBN 978-3-7007-7599-7



9 783700 775997